

geringe Differenz zwischen der Bewilligungsmiete und der sozialen Wohnraumförderung und der örtlichen Marktmiete aufweisen. Allerdings gibt es auch Grenzen für die Aussagefähigkeit der Mietstufen als Indikator für die Bemessung der Förderkonditionen:

Erstens. Grundlage der Mietstufen sind Mieten der Wohngeldempfänger. Insofern beruhen sie auf einer abnehmenden statistischen Basis.

Zweitens. Bevölkerungs- und Wohnungsmarktentwicklungen in der Zukunft werden hierdurch zu wenig abgebildet. Denn neuere Studien über die Bevölkerungs- und Wohnungsmarktentwicklung in unserem Land zeigen, dass die regionalen Märkte immer weiter auseinanderdriften und die Disparitäten auf den Wohnungsmärkten rapide zunehmen.

Aus diesem Grund haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben, das alternative regionale Abgrenzungskriterien aufzeigen soll:

Dabei sollen erstens aktuelle Erkenntnisse über die Wohnungsmarktlage in Nordrhein-Westfalen und die Perspektiven der Wohnungsmarktentwicklung einbezogen werden, damit die Förderung besser als bisher auch die zukünftige Marktentwicklung berücksichtigt.

Zweitens. Es sollen Vorschläge für regionale Abgrenzungskriterien sowohl für die Förderung von Mietwohnungen als auch für die Eigentumsförderung entwickelt werden, die möglichst auf landesweit verfügbaren statistischen Angaben fußen.

Drittens. Wohnungsmarktabgrenzungen sollen vorgenommen werden, die sich auch zur administrativen Steuerung für alle Landesteile eignen.

Die Ergebnisse dieses Gutachten sollen in die Förderrichtlinien einfließen und künftig bei der Aufstellung und Umsetzung des Wohnraumförderprogramms berücksichtigt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, was bedeutet das für Ihren Antrag? Die Antwort ist aus meiner Sicht relativ einfach. Dieser Antrag ist überflüssig, weil wir bereits einen großen Schritt weiter nach vorne getan haben.

Im Übrigen unterstützt das Land die Kommunen bei der Entwicklung kommunalpolitisch abgestimmter örtlicher Handlungskonzepte im Rahmen des Wohnraumförderungsprogramms. Die Kommunen erhalten die Möglichkeit, in Abstimmung mit dem Ministerium für Bauen und Verkehr von den Förderrichtlinien abzuweichen, wenn dies aus dem Zusammenhang eines solchen Handlungskonzepts abzuleiten ist.

Das Land hält bei der Förderung Mittel für Kommunen mit wohnungspolitischen Handlungskonzepten vor, um deren Umsetzung und damit die Lösung der örtlichen und regionalen Wohnungsmarkprobleme zu unterstützen, und bietet zudem Finanzierungssicherheit für entsprechende Vorhaben – auch über mehrere Programmjahre.

Die Festlegung der Förderkonditionen ist und bleibt jedoch eine Landesangelegenheit, da es sich bei den Förderdarlehen um Landesmittel handelt und aus Gründen der Gleichbehandlung eine einheitliche Festlegung der Konditionen erforderlich ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/6954 an den Ausschuss für Bauen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung wird in diesem Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

### **3 Jugend braucht sichere Perspektiven – Pakt mit der Jugend gibt der Jugendpolitik neue Impulse und fördert soziale Verantwortung junger Menschen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/6968

Ich eröffne die Beratung.

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tenhumberg das Wort.

**Bernhard Tenhumberg** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die 15. Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2006, in der 2.500 Jugendliche im Alter von zwölf bis 25 zu ihrer Lebenssituation, ihren Glaubens- und Wertevorstellungen und ihrer Vorstellung von Politik befragt wurden, zeichnet das Bild einer pragmatischen jungen Generation. Für junge Leute gibt es heute eine Vielzahl beruflicher Möglichkeiten, und im Bereich der Freizeit können Jugendliche aus ei-

nem reichhaltigen Angebot verschiedener Optionen schöpfen. Junge Menschen suchen sich unter diesen verschiedenen Optionen ihren eigenen individuellen Weg aus.

Die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen setzen seit der Regierungsübernahme einen zentralen politischen Schwerpunkt im Bereich Bildung, Kinder, Jugend und Familie. Nur wenn wir frühzeitig die richtigen Weichen gestellt haben, können Kinder ihr gesamtes Entwicklungspotenzial freisetzen und ihre Lebenswünsche realisieren. Insbesondere die Kinder, die zu Hause, in ihren Familien nicht die notwendige Zuwendung und Förderung erhalten – aus welchen Gründen auch immer –, wollen wir durch geeignete Maßnahmen und individuelle Förderung erreichen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

An dieser Stelle darf man aber auch nicht vergessen, dass viele Familien in Nordrhein-Westfalen ihren Erziehungsauftrag sehr ernst nehmen und ihre Kinder sorgsam beim Übergang in das Erwachsenenleben begleiten. Dabei ist die Erziehung von Kindern keine einfache Aufgabe und läuft auch nicht immer spannungsfrei ab.

Schlüssel zum Erfolg ist die Bildung, wobei die gute schulische Bildung eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Lebensweg darstellt. Aber auch der non-formalen Bildung, die insbesondere über die Jugendarbeit praktiziert und vermittelt wird, kommt in diesem Zusammenhang eine sehr große Bedeutung zu.

Mit einer Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen will die Landesregierung dazu beitragen, dass junge Menschen ihre Chancen nutzen, ihre individuellen Stärken erkennen und ihren eigenen Weg erfolgreich gehen können. Im Mittelpunkt steht dabei eine bessere Förderung der Bildungschancen, der kulturellen und sozialen Kompetenz sowie der Teilhabemöglichkeiten junger Menschen. Bei den Bildungsangeboten setzen wir mit unterschiedlichen Aktivitäten auf eine Verbesserung des Angebots gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Ich will an dieser Stelle nicht alle Maßnahmen aufzählen; Sie können das unserem gut ausformulierten Antrag entnehmen.

Alle Maßnahmen haben das gemeinsame Ziel, die Startchancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Zahlreiche Gutachten bestätigen unsere Auffassung, dass wir in diesem Bereich verstärkt tätig werden müssen. Wir haben seit Beginn der Regierungsübernahme eine Politik für Kinder,

Jugend und Familien auf den Weg gebracht und damit für einen politischen Kurswechsel gesorgt.

(Beifall von der CDU)

Noch nie hat eine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen so viel Geld in die Hand genommen, um die Chancen von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen.

Auch der erst kürzlich abgeschlossene Pakt mit der Jugend steht für diesen Kurswechsel. Dieser Pakt mit der Jugend wird von den führenden Jugendverbänden mit mehr als 270 Einzelverbänden in Nordrhein-Westfalen sowie unserer Landesregierung getragen. Minister Armin Laschet und unser Ministerpräsident Jürgen Rüttgers haben ihn persönlich unterzeichnet. Das zeigt die Wertschätzung.

Mit diesem Pakt werden wir mehr als ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen direkt erreichen. Das ist ein toller Erfolg und wird für alle Beteiligten eine schöne und interessante Herausforderung sein. Der Wert der informellen und non-formalen Bildung wird dadurch nochmals verdeutlicht. Der Pakt soll trotz der begrenzten Ressourcen zu einem Klima des Miteinanders führen, die Bildungsaktivitäten fördern, eine bessere Integration von Migrationskindern über interkulturelle Arbeit gewährleisten und unterstützen sowie den Zusammenhalt der Generationen fördern.

Mit verlässlicher und gebündelter Kraft kann die Jugendarbeit den schwieriger werdenden Herausforderungen gerecht werden. Deshalb begrüßen wir die Zusage der Landesregierung, bis zum Jahr 2010 mindestens 80 Millionen € jährlich zur Verfügung zu stellen. Das gibt Planungssicherheit und ist verlässlich.

Ich habe Verständnis dafür, wenn für den Landesjugendplan weitere finanzielle Mittel eingefordert werden. Auch ich wünsche mir das nach wie vor. Wir müssen dabei trotzdem die Gegebenheiten akzeptieren und feststellen, dass aufgrund der unverantwortlichen Verschuldungspolitik der vergangenen Jahrzehnte die Konsolidierung des Haushalts nicht nachrangig betrachtet werden kann. Man darf nicht vergessen, dass wir mit diesem Konsolidierungskurs gerade für junge Menschen in unserem Land neue Chancen für eine gute Zukunft schaffen.

(Beifall von der CDU)

Wir wollen den zukünftigen Generationen wieder Handlungsspielräume geben.

Der Pakt mit der Jugend erkennt darüber hinaus die herausragende Bedeutung der Jugendarbeit ausdrücklich an. Jugendarbeit ist ein eigenständiger Bereich der Bildungsarbeit. Schule kann Jugendarbeit nicht ersetzen.

Mit der Bündelung der jugendpolitischen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen soll auch zum Ausdruck gebracht werden, welchen Stellenwert die Jugendarbeit für uns hat. Jugendarbeit eröffnet jungen Menschen jenen freien Raum, in welchem sie außerhalb ihrer Familie lernen können, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Mit dem Pakt mit der Jugend werden die jugendpolitischen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen erstmals gebündelt. Auf dieser Grundlage wird sich die Jugendarbeit positiv weiterentwickeln können. Das ist ein gutes Zeichen für die Verbände und für die Jugendlichen unseres Landes. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die FDP-Fraktion spricht Abgeordneter Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein gutes, ein richtiges und kein zufällig gesendetes Signal,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Kein zufälliges? – Wohl inszeniert!)

dass wir über dieses Papier parallel zum Kinder- und Jugendhilfetag beraten. Denn wir wollen als Koalition auch im Zusammenhang mit diesem Anlass deutlich machen, welchen Stellenwert Kinder- und Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen für die schwarz-gelbe Koalition hat.

Für uns ist Kinder- und Jugendpolitik ein eigenständiges Sozialisationsfeld für junge Menschen neben der Bildung in Familie, Schule und Beruf. Das ist deshalb wichtig zu betonen, weil die Vorgängerregierung Kinder- und Jugendarbeit nur als Zulieferbetrieb für die Schule verstanden hat. Sie haben den Jugendbereich in das damalige Schulministerium integriert – es ist dort zwischen anderen Schulabteilungen plattgedrückt worden –, und Sie haben im damaligen, in Ihrem Kinder- und Jugendhilfeplan die Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit reduzieren wollen, um dafür dann die Kooperationsmittel für die Zusammenarbeit Jugendhilfe und Schule zu verstärken. Da waren die Motive klar erkennbar.

Eine eigenständige Jugendarbeit, die sich auf Persönlichkeitsbildung konzentriert, die nicht nur

einen Beitrag für das schulische Lernen leistet, sondern die auch einen Freizeitcharakter hat, hatten Sie nicht im Sinn. Eine solche Schwerpunktsetzung, ein solches selbstbewusstes Feld Jugendpolitik war nicht Ihre Sache.

Wir hingegen bekennen uns zu der Kinder- und Jugendpolitik in dem Sinne, wie ich sie beschrieben habe: ganzheitliche Persönlichkeitsbildung – das Prinzip der Freiwilligkeit, der Verzicht auf Leistungsfeststellung und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung der Angebote.

Der Pakt mit der Jugend, den die Landesregierung geschlossen hat, ist geeignet, hier einen neuen Impuls zu geben, zum einen in fachlicher Hinsicht, weil hier unterstrichen worden ist, von welcher Wichtigkeit die Partizipation für Kinder und Jugendliche ist, nicht nur im Bereich der Jugendverbandsarbeit, der offenen Jugendarbeit, der kulturellen Jugendarbeit im engeren Sinne, sondern auch in einem weiteren Sinne mit Blick auf die Kommunalpolitik. Hier können Kinder und Jugendliche ihr Lebensumfeld ganz unmittelbar mitgestalten. Beteiligung auf der kommunalen Ebene kann überdies einen unverzichtbaren Beitrag zur politischen Bildung junger Menschen leisten. Hier können sie erfahren, was politisch möglich ist, aber auch mit welchen Dilemmata politisches Handeln verbunden ist, wenn man sich etwa entscheiden muss zwischen zwei eigentlich notwendigen und wünschenswerten Projekten, aber nur Geld für eines zur Verfügung steht.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Was hat das mit einem Pakt zu tun?)

Insofern setzt der Pakt mit der Jugend einen Schwerpunkt bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen – innerhalb der Jugendarbeit, auch darüber hinaus. Wir haben als Koalitionsfraktionen diesen Aspekt in unserem Forderungsteil ein weiteres Mal hervorgehoben.

Ein zweiter fachlicher Impuls, der aus meiner Sicht notwendig ist, ist die Frage der Integration. Hier hat insbesondere die offene Jugendarbeit in vielen Kommunen einen Ankercharakter. Die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit stellen häufig genug das einzige nicht kommerzielle, sinnvolle Freizeitangebot in einem Stadtteil oder in einer Kommune dar, insbesondere auch im ländlichen Raum. Diese offene Kinder- und Jugendarbeit muss gestärkt werden; das ist zweifelsohne richtig. Im Hinblick auf die Integrationsbemühungen ist die offene Jugendarbeit allerdings stark: Über 40 % der Besucher von Jugendhäusern und Jugendtreffs haben Migrationshintergrund. Deshalb

wird dort Begegnung gelebt, deshalb ist es dort möglich, auch außerhalb der Schule interkulturellen und interreligiösen Dialog zu ermöglichen.

Wo wir noch einen gewissen Nachholbedarf sehen – gar nicht, weil die Bereitschaft nicht da wäre, aber weil noch die Gelegenheiten fehlen –, ist im Bereich der Jugendverbandsarbeit. Hier stellen wir fest, dass der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Jugendverbänden noch unterproportional ist; zumindest entspricht er nicht ihrem Bevölkerungsanteil. Hier wollen wir mit dem Pakt und dem hier vorgelegten Antrag durchaus ein Signal der Ermunterung an die Jugendverbände senden, sich in diesem Sinne zu öffnen. Öffnung heißt hier: offen zu sein für neue Bedürfnisse, Wünsche und Potenziale, die Migranten einbringen, aber auch offen zu sein, sich selbst aus diesem Dialog heraus als Jugendverband weiterzuentwickeln. – Das waren die fachlichen Impulse, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Mit diesem Pakt mit der Jugend verbindet die Landesregierung allerdings auch den Wunsch, den Kinder- und Jugendförderplan in Zukunft finanziell besser auszustatten. Ich darf für meine Fraktion sagen – Herr Kollege Tenhumberg hat das ebenfalls gesagt –: Diesen Wunsch der Landesregierung, den Kinder- und Jugendhilfeplan des Landes mit 80 Millionen € auszustatten, werden wir gerne unterstützen. Wir werden ihn als Haushaltsgesetzgeber erfüllen. Wir halten das auch für erforderlich.

(Karl Schultheis [SPD]: Warum ist das vorher gekürzt worden?)

– Das ist nicht gekürzt worden, verehrter Herr Schultheis. Ich darf Sie gerne korrigieren. Ich finde es gut, dass Sie, Herr Schultheis, als Nichtfachpolitiker an dieser Debatte teilnehmen und sich auch einbringen wollen.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Ich kenne mich aus!)

Und wenn Sie die Gelegenheit nutzen, eine Nachfrage zu stellen, dann will ich sie gerne beantworten.

Wir haben einen Kinder- und Jugendförderplan von 75 Millionen € eingerichtet. 72 Millionen € war die Summe, die Rot-Grün für die Kinder- und Jugendarbeit zuletzt im Doppelhaushalt 2004/2005 aufgewendet hat. Sie haben zwar für nach der Landtagswahl angekündigt, Sie wollten zukünftig 96 Millionen € bereitstellen, aber geflossen ist diese Summe nie. Insofern kann man redlicherweise nicht von einer Kürzung sprechen. Schon

im ersten schwarz-gelben Haushalt haben wir 3 Millionen € mehr bereitgestellt, als Sie zuletzt verausgabt haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Zum anderen will ich darauf hinweisen, dass wir im Kinder- und Jugendförderplan 75 Millionen € haben, daneben aber zwei Zusatzprogramme für Jugend in sozialen Brennpunkten und für die Partizipation – insbesondere von Kindern in der Kommunalpolitik – eingerichtet haben. Beide zusammen habe ein Volumen von etwa 5 Millionen Euro. Das heißt, dass wir jetzt bereits de facto etwa 80 Millionen € für Kinder- und Jugendarbeit bereitgestellt haben. Wir führen diese beiden Sonderprogramme in den Kinder- und Förderplan über, verbinden Sie bis zur nächsten Landtagswahl mit einer politischen Garantie und stellen sicher, dass in einem Haushaltsjahr nicht abgerufene Gelder im nächsten Haushaltsjahr zusätzlich von den Zuwendungsempfängern beantragt werden können.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schultheis?

**Christian Lindner (FDP):** Sofort, Herr Präsident. Noch ein Satz.

Damit steht unter dem Strich für Kinder- und Jugendarbeit in diesem Land wesentlich mehr als zu Ihrer Verantwortungszeit zur Verfügung, obwohl es weniger Kinder und Jugendliche gibt. Das heißt: Pro Kopf ist die Förderung wesentlich verbessert im Vergleich zu dem, was Sie uns hinterlassen haben. Dieser Tatsache müssen Sie sich stellen, Herr Schultheis.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte, Herr Schultheis.

**Karl Schultheis (SPD):** Herr Kollege Lindner, Sie haben die fachpolitische Kompetenz der Kolleginnen und Kollegen angezweifelt. Ich möchte Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen und zu bestätigen, dass ich langjähriger Vorsitzender des Kinder- und Jugendhilfeausschusses in der Stadt Aachen gewesen bin.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Wolfgang Jörg [SPD]: Das waren Sie nicht!)

– Sehr erfolgreich sogar, würde ich sagen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege, das war aber keine Frage.

**Karl Schultheis (SPD):** Doch, ich habe ihn gefragt, ob er das zur Kenntnis nehmen möchte.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Nein, nein, Sie haben ihn darum gebeten, das zur Kenntnis zu nehmen. Sie haben ihn nicht gefragt, ob er das zur Kenntnis nimmt.

(Lachen und Beifall von der CDU)

**Christian Lindner (FDP):** Es steht mir nicht zu, den Präsidenten zu korrigieren, aber ich habe den Schlenker schon verstanden, dass Herr Schultheis gefragt hat, ob ich bereit bin, das zur Kenntnis zu nehmen. Das indessen kann man nicht mit einem kurzen Satz beantworten, Herr Moron. Deshalb bitte ich Sie, mir noch einen Moment zu gestatten, das zu beantworten:

Lieber Herr Schultheis, ich habe großen Respekt davor, dass Sie sich als Kommunalpolitiker in der Kinder- und Jugendhilfepolitik engagiert haben. Das ist völlig klar. Aber man muss sehen, dass Sie hier auf Landesebene als Sozialdemokratie auch Mitverantwortung hatten. Ich stelle fest, dass Sie den Kinder- und Jugendförderplan von einstmals deutlich über 100 Millionen € in seiner Höhe immer weiter reduziert haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Aber noch schwerer wiegt: Sie haben nicht nur die Mittel reduziert, sondern Sie haben Bürokratie geschaffen, sodass die hauptamtlich Beschäftigten nicht für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestanden haben, sondern Formulare ausfüllen mussten. Sie haben darüber hinaus innerhalb des Kinder- und Jugendförderplans einen Schwerpunkt bei der schulbezogenen Jugendarbeit gesetzt. Das war das, was ich eingangs kritisiert habe: Bei Ihnen war Jugendarbeit Zulieferbetrieb für Schule. Es war bei Ihnen nicht überall Jugend drin, wo Jugend drauf stand. Das hat sich bei uns vom Charakter und von der politischen Zielsetzung her verändert.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Deshalb: Dieser Pakt mit der Jugend ist ein Neustart und ein weiterer Impuls im Bereich der Jugendhilfe. Wir senden ein kraftvolles Signal. Die Koalitionsfraktionen werden die Landesregierung weiter darin bestärken, Jugendliche dazu ermutigen, sich zu engagieren, und Infrastruktur vorzuhalten, die ihnen eine Betätigung erlaubt. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Haseloh.

**Karl-Heinz Haseloh (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Jugend braucht sichere Perspektiven – Pakt mit der Jugend ...“ – Sie haben gesagt, es seien gute Zeiten angebrochen. Das sehe ich nicht so. Es sind für Kinder und Jugendliche nämlich keine guten Zeiten angebrochen, auch in Nordrhein-Westfalen nicht. Kinder- und Jugendpolitik hat es – das ist wahr – immer schwer, wenn die Finanzen knapp sind. Das ist in den Kommunen und letztlich auch auf Landesebene so.

(Minister Armin Laschet: Es gibt doch mehr Geld!)

– Mehr Geld? – Vielleicht in anderen Bereichen. Wir haben in der Landespolitik ein Stück weit eine Krise zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2004 haben 175.000 Unterschriften gereicht, damit Rot-Grün das neue Jugendfördergesetz vorlegt und substantiell etwas erreicht hat. Dieses Jugendfördergesetz umfasste 96 Millionen €. Diese 96 Millionen € wurden von allen Fraktionen im Landtag – auch von CDU und FDP – begrüßt und gefordert. Herr Lindner war einer der größten Forderer und hat gesagt, das müsse jetzt kommen.

538.000 Menschen haben 2006 die Volksinitiative unterstützt. Das sind nicht nur mehr Menschen, als die FDP bei der Landtagswahl 2005 Stimmen auf sich vereinen konnte, sondern das ist auch ein Signal des Misstrauens gegenüber der Politik – insbesondere auch gegenüber dieser Landesregierung.

Was hatten die Verbände im Kopf? – Sie haben gesagt, Anspruch und Wirklichkeit gingen bei dieser Landesregierung ziemlich weit auseinander.

(Beifall von der SPD)

Sie rufen das Jahr des Kindes aus, kürzen aber im Landesjugendplan. Sie fordern im Jahr 2004 mehr Geld für den Landesjugendplan, um im Jahr 2006 zu sagen, mehr als 75 Millionen € brauche der Kinder- und Jugendförderplan nicht.

Sie erklären generell, Ihnen sei das Jugendfördergesetz mit seinen Inhalten ganz wichtig. Im gleichen Atemzug verweisen Sie aber darauf, dass Sie insbesondere für Kinder im Schulbereich etwas tun. Ich wiederhole den Vorwurf meiner

Fraktion, dass Sie die Kinder- und Jugendpolitik zugunsten der Schulpolitik vernachlässigen.

(Beifall von der SPD)

Durch die Politik der informellen und der nicht formalen Bildung – man kann auch von außerschulischer Bildung sprechen – wird im Grunde genommen ein anderer Schwerpunkt gesetzt. Das, was Sie uns vorwerfen, Herr Lindner, wir hätten durch die Struktur des Ministeriums ganz andere Schwerpunkte gesetzt, trifft nicht zu.

(Christian Lindner [FDP]: Doch!)

Das Jugendfördergesetz ist ein Beispiel dafür, dass wir es ernst gemeint haben. Wir haben die Stimmen der Verbände gehört. Wir wollten mit dem damaligen Landesjugendplan die Mittel für die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe sukzessive verstärken. Jugendarbeit sollte auf gleicher Augenhöhe mit Schule kooperieren und nicht Zuliefererbetrieb sein. Wir wollten, dass die Jugendarbeit einen anderen Stellenwert hat und auf Augenhöhe mit Schule kommt.

Was aber haben Sie erreicht? – Wir befinden uns immer noch auf Hühneraugenhöhe.

(Widerspruch von CDU und FDP)

– Damit verkenne ich nicht die Realität. Herr Tenhumberg, es ist schön, dass Sie sich melden und dass Sie jetzt nicht mehr hinauszu laufen brauchen, wenn es um Abstimmungen geht, und dass Sie – sagen wir einmal so – den Landesjugendplan in den Vorwahlzeiten und sogar noch bis zum Schluss, als Sie nicht mehr weiter konnten, unterstützt haben.

(Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Ich denke, in der Jugendarbeit gibt es noch einiges zu tun. Wir sollten hier keine Veranstaltungen wie „Pakt mit der Jugend“ machen, wo es nur um Worte geht.

Gestern – um aktuell darauf einzugehen – wurde in Essen der europaweit größte Jugendkongress eröffnet: der 13. Kinder- und Jugendhilfetag. Das, worüber wir hier diskutieren, ist auch dort ein zentrales Thema, nämlich – das kann man auch der Presse entnehmen – dass eine Verengung der deutschen Bildungsdebatte auf Kindertagesstätten und Schulen stattfindet. Das ist eigentlich der Vorwurf. – Bitte?

(Wolfgang Jörg [SPD]: Wir doch nicht!)

– Aber die Experten, die zum Kinder- und Jugendhilfetag geladen sind, sagen, dass das durchaus auch in Nordrhein-Westfalen der Fall ist.

Der Vorwurf der Experten lautet, dass wir die Jugendarbeit nicht zur Abbaustelle machen dürfen. Ein zentrales Risiko, zum PISA-Verlierer zu werden, sei nicht die Schule, sondern die Alltagsbildung: das, was in den Jugendverbänden usw. geleistet wird. Probleme im Klassenraum hätten ihre Wurzeln oft in den zerrütteten Familienverhältnissen und in der Orientierungslosigkeit im Freizeitverhalten.

Ich denke, das müssen wir in Zukunft viel stärker wahrnehmen. Die Jugendarbeit erhält aus meiner Sicht zu wenig Geld. Es ist wichtig, dass wir den Landesjugendplan noch einmal in den Blick nehmen. Aus meiner Sicht machen Sie die Jugendarbeit klein. Das halten wir für falsch. Die Jugendarbeit ist immer weniger ein eigenständiges Politikfeld. Sie verliert auch hier im Land.

Ich befürchte, dass es trotz aller Umschichtungen und Paktverkündigungen zu keiner spürbaren Verbesserung der Jugendarbeit kommen wird. Bei den Verbänden ist es in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen – das muss man sagen – zu Entlassungen gekommen. Diese werden auch durch den großzügig inszenierten Pakt mit der Jugend nicht korrigiert. Die Entlassungen – die Anpassungen, die die Jugendverbände vorgenommen haben – werden überhaupt nicht erwähnt.

Viele Projekte, bei denen man eigentlich genau die Zielsetzungen dieses Paktes vor Augen hatte, mussten aufgrund Ihres Regierungshandelns gestoppt werden. Sie mussten gestoppt werden, weil man Anpassungsprobleme hatte. Sie mussten gestoppt werden, weil man das Personal im Grunde nicht mehr vorhalten konnten. Wenn Sie mit den Vertretern der Verbände reden, bekommen Sie schon mit, dass sie sich im Grunde genommen sehr anpassen mussten.

(Minister Armin Laschet: Wir hatten doch nur 75 Millionen €!)

– Ja, 75 Millionen €. Sie, CDU und FDP, haben vorher versprochen, dass wir auf 96 Millionen € gehen.

(Beifall von der SPD)

Aber Sie schaffen eine Planungssicherheit auf niedrigem Niveau. Das ist das, was Sie den Menschen heute bieten. Auch im geplanten Doppelhaushalt werden Sie das wohl festschreiben. Das werden Sie dann auch noch feiern.

(Minister Armin Laschet: Was für ein Doppelhaushalt?)

– Der ist für 2009/2010 geplant.

(Minister Armin Laschet: Das ist mir neu! Wir heißen nicht Sozialdemokraten!)

Was wollen Sie mit dem vorliegenden Antrag bezwecken?

Unter Punkt 1 fordern Sie die Landesregierung auf, Bildungsmöglichkeiten im außerschulischen Bereich zu fördern. Unter Punkt 2 fordern Sie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Unter Punkt 3 fordern Sie, das Zusammenspiel zwischen Jugendhilfe und Schule zu verbessern. Unter Punkt 4 fordern Sie, die soziale und kulturelle Integration zu fördern, unter Punkt 5, kommunale Aktivitäten zu fördern, und unter Punkt 6, einen Bericht vorzulegen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

In dem Pakt werden mit diesen sechs Forderungen Maßnahmen beschrieben, die seit vielen Jahren im Kinder- und Jugendplan selbstverständlich sind. Das ist nichts Neues.

(Beifall von der SPD)

Das, was Sie hier vorlegen, ist eigentlich nur eine neue Inszenierung. Die Eigenständigkeit und der Bildungsanteil der Kinder- und Jugendarbeit sind Ihnen fremd.

Das ist auch der Grund, weshalb Sie so ignorant mit dem umgegangen sind, womit Ihnen die Volksinitiative 2006 entgegengetreten ist. Man kann schon sagen: Wer diese 500.000 Unterschriften einfach nur zur Kenntnis nimmt, der ist ignorant und merkt nicht, was draußen im Lande mit der Jugendarbeit tatsächlich passiert.

(Beifall von Angela Tillmann [SPD] – Christian Lindner [FDP]: Wie viele Millionen Menschen wollen, dass Herr Beck geht?)

– Bitte, wie war das?

(Christian Lindner [FDP]: Wie viele Millionen Menschen wollen, dass Herr Beck nach Rheinland-Pfalz zurückgeht? – Gegenruf von Wolfgang Jörg [SPD]: Wie viele Millionen Menschen wollen die FDP nicht? Wie viele Millionen Menschen wollen diese neoliberale Ausrichtung nicht? – Weitere Zurufe von SPD und FDP)

– Ja, ja. Wir sehen uns das in Ruhe an. Machen Sie sich mal keine Gedanken, Herr Lindner! Die Sozialdemokratie hat schon andere Zeiten überlebt. Von daher bin ich ganz zuversichtlich.

(Beifall von der SPD)

Unser Ziel bleibt, die pädagogische Förderung von Kindern und Jugendlichen qualitativ weiterzu-

entwickeln. Ich bin wieder bei meinem Zentralpunkt: Sie, CDU und FDP, damals noch in der Opposition, haben am 28. Januar 2004 einen Antrag in den Landtag eingebracht: „Der Landtag beschließt: Die Kürzungen im Landesjugendplan werden in vollem Umfang zurückgenommen.“ Unterzeichnet: Jürgen Rüttgers, Ingo Wolf.

Mit dem vorliegenden „Pakt mit der Jugend“ hätten Sie die Möglichkeit gehabt, die von Ihnen eingefrorenen 79 Millionen € auf die geforderten 96 Millionen € zu erhöhen. Versprochen – gebrochen. Ich weiß, es gibt in Ihren eigenen Fraktionen eine ganze Reihe von Leuten, die das genauso sehen.

Meine Erwartung ist, dass Sie hier noch einmal nachbessern. Wir werden jedenfalls ständig darauf achten, dass der „Pakt mit der Jugend“ dann auch mit Inhalten und materiell gefüllt wird und dass die 96 Millionen € irgendwann in den Landesjugendplan hineinkommen. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Haseloh. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Asch.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Kompliment muss man dieser Landesregierung ja machen: Sie versteht es vortrefflich, sich zu inszenieren, sich öffentlich darzustellen und aus Nichts – aus keiner Substanz – viel Schaum zu schlagen. Mit dem „Pakt mit der Jugend“ haben wir ein weiteres Beispiel für die Selbstinszenierung der Landesregierung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nach dem Jahr des Kindes, nach der missglückten Jubelveranstaltung „Forum für Kinder“ haben wir jetzt also den „Pakt mit der Jugend“.

Nachdem das bereits sehr öffentlichkeitswirksam abgefeiert wurde, müssen nun auch wir uns im Landtag mit diesem Thema auseinandersetzen. Ein vierseitiger Antrag von CDU und FDP: So viel zu schreiben, ohne irgendetwas Substantielles zu sagen, muss man erst einmal schaffen. Chapeau!

Bei diesem Pakt – das müssen wir hier feststellen – handelt es sich keineswegs um das, was wir alle gemeinhin unter einem Pakt verstehen, nämlich ein Bündnis, eine Verabredung, einen Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern. Nein, die Landesregierung ist nämlich Finanzierer der Jugendverbände. Die Jugendverbände sind Mittelempfänger, und damit stehen sie in einem wei-

testgehenden Abhängigkeitsverhältnis vom Land. Insofern ist bereits die Bezeichnung „Pakt mit der Jugend“ irreführend, ziemlicher Quatsch. Sie entspricht dem Sinn des Wortes Pakt in keiner Weise. Nennen wir es also Möchtegernpakt. Ich hatte auch andere Assoziationen. Die will ich heute beiseite lassen, Herr Minister Laschet.

Ein Jahr lang hat die Landesregierung gebraucht – das muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen –, um die Jugendverbände überhaupt zu motivieren, sich auf so etwas einzulassen. Sie hatten nämlich drei sehr gewichtige Vorbehalte.

Erstens haben die Jugendverbände natürlich den Wortbruch von CDU und FDP beim Landesjugendplan im Kopf.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich möchte das noch einmal ganz klar sagen: 96 Millionen € waren in die Hand versprochen, finanziert wurden aber bis heute nur 75 Millionen €. Das war und ist Betrug an jugendlichen Wählerinnen und Wählern. Und das wird auch von keinem Pakt der Welt repariert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zweitens waren die Jugendverbände auch nicht damit einverstanden, dass nun ohne Not ein neues Etikett auf die ohnehin laufende Jugendarbeit geklebt wird, nur damit Herr Armin Laschet einmal als Jugendminister auch in der Presse vorkommt. Genau das ist passiert: Maßnahmen, die ohnehin geplant waren oder ständig durchgeführt werden, sind jetzt zu Bestandteilen diese Möchtegernpakts geworden. Ändern tut sich gar nichts.

Drittens. Die Jugendverbände haben deutlich gemacht, dass sie mit ihrem Geldgeber nicht paktieren, wenn sie weder inhaltlich noch materiell irgendwie davon profitieren. Da hat die Landesregierung einen Trick angewendet. Sie hat nämlich aus zwei vorhandenen Haushaltspositionen eine gemacht und 80 Millionen ...

(Christian Lindner [FDP]: Drei! – Minister Armin Laschet: Vier waren es!)

– Drei waren es sogar? Entschuldigung. – Was aber bleibt, ist: Es gibt keinen Cent mehr. Es sind nur Sonderprogramme jetzt zusammengefasst worden: 75 plus 5 bleiben 80. Es gibt keinen Cent mehr für die Jugendarbeit. Das ist ein Taschenspielertrick, der hier vorgenommen wird. Substantiell gibt es keine weiteren Mittel für die Jugendarbeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Lindner, Sie haben jetzt eine neue Rolle als Kugelfänger. Ich habe eben schon gesagt, Sie sind avanciert vom Bambi zum Kampfbambi. Jetzt sind Sie Kugelfänger.

(Minister Armin Laschet: Selbst ernannt!)

Sie haben das eben anders dargestellt. Es bleibt dabei: Es gibt keinen Cent mehr für die Jugendlichen. Ich muss Minister Laschet dennoch gratulieren. Sie haben aufgrund des Paktes mit der Jugend eine Reihe von Presseberichten gehabt. Publicity haben Sie ziemlich billig bekommen, kostenneutral sozusagen. Das machen Sie wirklich gut.

Der Antrag ist insofern Bestandteil einer Gesamtdramaturgie, die geschickt gemacht ist. Aber sie ist, wie gesagt, ziemlich billig. Sie fordern nämlich auch heute wieder in diesem Antrag – auf vier Seiten substanzlos – die Landesregierung auf, Dinge zu tun, die gerade in dem Pakt mit der Jugend aufgeschrieben wurden, also eine reine Wiederholung, eines reines Abschreiben. Darüber hinaus sind sie parallel im Kinder- und Jugendförderplan des Landes sowieso schon nachzulesen.

Ich kann Sie nur auffordern: Erwachen Sie aus Ihrem Tiefschlaf und legen Sie vielleicht einmal eine neue Platte auf! Denn es gibt einiges zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt einiges zu tun in der Jugendarbeit in diesem Land. Ich habe da einige Vorschläge, was Sie stattdessen machen könnten, gerne auch gemeinsam. Sie können es von mir aus auch alleine machen. Hauptsache, Sie machen mal etwas Effektives.

Da wäre zum Ersten, dass Sie heute einen Entwurf zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes hätten einbringen können. Da können Sie dann Inhalte und Zahlen korrigieren und 80 statt 75 Millionen € hineinschreiben.

Sie könnten auch einmal in den Förderrichtlinien zum Beispiel soziale Kriterien für die offene Kinder- und Jugendarbeit vorsehen. Wir wissen doch, dass die Mittel auf die sozialen Brennpunkte konzentriert werden müssen. Das schaffen Sie aber nicht, weil die CDU-Abgeordneten aus dem ländlichen Raum dann ein paar Euro Landesmittel hergeben müssten. Das wollen sie nicht. Somit geht es weiter nur nach dem Gießkannenprinzip. Die Angesprochenen lachen schuldbewusst.

Und Sie müssen, wenn Sie es mit der Ganztagschule ernst meinen, Konzepte für die Zusam-

menarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe auf den Tisch legen. Sonst drängen Sie die außerschulische Bildungsarbeit ins Abseits. Das merken Sie anscheinend gar nicht. Auf diesem Feld kommt von Ihnen rein gar nichts, sondern nur substanzlose Anträge, die keiner braucht.

Angesichts der Notwendigkeit ist Ihr Antrag genauso nutzlos wie der Möchtegernpakt mit der Jugend selbst. Mit beiden bleiben Sie ihrem Politikstil treu: Symbolpolitik statt Taten, schöne Worte statt Inszenierungen, Show-Politik und Populismus statt substanzieller Jugendpolitik.

So möchte ich abschließend einen früheren Verbandsvertreter der Jugendverbände, der gerne ungenannt bleiben will, zitieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Aha!)

Er sagt: Dieser Pakt mit der Jugend ist die vorläufige Bankrotterklärung der Jugendpolitik in NRW. – Diesen Worten kann ich mich nur anschließen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Laschet.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Gründung des Ministeriums für Generationen hat die neue Landesregierung vor knapp drei Jahren einen neuen Weg beschritten. Es war genau der Weg, Kinder- und Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld und nicht als Abteilung im Schulministerium anzusiedeln.

(Beifall von CDU, FDP und Reiner Priggen [GRÜNE])

Es war genau dieses Signal. Sie haben alles nur unter dem Schulgesichtspunkt gesehen. Wir haben gesagt: Das ist ein eigenes Feld, was auch einen eigenen Minister braucht, der vielleicht auch einmal mit der Schulministerin rangelt, der sagt, du musst die Jugendarbeit stärker einbeziehen, und der dann eine Kooperationsvereinbarung zusammen mit der Schulministerin zustande gebracht hat, die genau diese Eigenständigkeit betont hat.

Das ist ein neuer Politikstil, ein Wechsel in diesem Feld, der mit dieser neuen Landesregierung verbunden ist. Er begründet sich darin, dass wir eine immer älter werdende Gesellschaft sind und der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Ge-

samtzahl der Bevölkerung immer mehr abnimmt. Deshalb ist Jugendpolitik heute ein wichtiges eigenständiges Politikfeld.

Der „Pakt mit der Jugend“, den wir am 4. Juni geschlossen haben, will daher eine neue, unverwechselbare und vor allem hörbare Stimme sein. Junge Menschen sollen mitentscheiden und Verantwortung übernehmen. Das ist, wenn Sie sich da noch einmal die Zahlen vor Augen halten, wichtig. Denn im Jahr 2015 – das ist nicht mehr so lange hin – werden nur noch 19 % der Gesamtbevölkerung unter 18 Jahren sein.

Das Bündnis wird getragen vom Landesjugendring, der Arbeitsgemeinschaft „Haus der offenen Tür“, der Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit Nordrhein-Westfalen, der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit und dem Paritätischen Jugendwerk in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt sind dort 270 Verbände, Trägergruppen und Initiativen verbunden und erreichen mehr als zwei Millionen Jugendliche in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Die Ziele, die mit diesem Pakt verbunden sind, sind einerseits, den Blick von Gesellschaft und Politik für die Belange von Jugendlichen zu schärfen, die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen zu sichern und auszubauen, Benachteiligungen junger Menschen abzubauen, junge Menschen in ihren Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu stärken, ihnen neue Chancen zu eröffnen und das Bewusstsein für Europa und internationale Zusammenhänge zu stärken.

Der Pakt mit der Jugend ist deshalb so etwas wie ein neuer Gesellschaftsvertrag, in dem gemeinsames Handeln im Vordergrund steht. Dieser Pakt eröffnet die Chance, Aktivitäten sowohl inhaltlich als auch zeitlich zwischen den Akteuren abzustimmen. Er erhöht die Transparenz, er ermöglicht zu wissen, was in anderen Teilen des Landes genau in der Jugendarbeit passiert, auch durch eine neue Internetplattform, die von den Jugendlichen schon sehr stark genutzt wird, wo jemand interaktiv neue Ideen beispielsweise in Bielefeld eingeben kann, die dann jemand in Aachen aufgreifen kann. Das hat es in dieser Form bisher nicht gegeben, und das ermöglicht, Doppelarbeit zu verhindern und Ressourcen zu konzentrieren.

Jugendarbeit ist eine Zukunftsinvestition, von der die gesamte Gesellschaft profitiert. Deshalb sind diese Mittel jetzt auf 80 Millionen € im Kinder- und Jugendförderplan zusammengefasst worden. Das ist im Landeshaushalt nicht mehr Geld. Das hat auch niemand behauptet.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Nein, hat auch Herr Lindner nicht behauptet.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ihr Pressesprecher hat das behauptet!)

Es ist im Kinder- und Jugendförderplan mit den Mechanismen, die er hat, mehr Geld, als es in den letzten Jahren – auch in Ihrer Amtszeit – gegeben hat. Sie reden ja immer über 96 Millionen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der kommunalpolitische Experte Karl Schultheis, der als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses die höchste Funktion innerhalb der Kommune in seinem Leben erreicht hat,

(Zuruf von Angela Tillmann [SPD])

hat uns eben klarzumachen versucht, dass das eine Kürzung war. Er hat dann die Frage gestellt, warum eigentlich da gekürzt worden sei.

Wenn Sie die Jugendverbände fragen, dann haben die die Jahre 2003, 2004, 2005 als besonders schwierige Jahre wahrgenommen. Als ich dieses Amt angetreten habe, waren 75 Millionen € in diesem Etat,

(Andrea Asch [GRÜNE]: 80 Millionen €!)

und wenn ich dieses Amt abgebe, sind 80 Millionen € in diesem Etat. Das ist mehr, als es vorher gab.

(Beifall von der CDU)

Daran kann man mit allen arithmetischen Tricks nichts ändern. Es gibt mehr Geld.

Die Jugendverbände sagen noch ein Zweites, wenn Sie heute mit denen reden. Die sagen, wir können uns ...

(Christian Lindner [FDP]: Willst du denn dein Amt so bald schon abgeben?)

– Ja, wenn ich es abgebe, ist es vielleicht noch höher. Das ist auch wahr.

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jetzt ein bisschen sortieren! – Heiterkeit)

Also: Wenn Sie mit den Jugendverbänden heute sprechen,

(Horst Becker [GRÜNE]: Da gibt es Rechtsmittel!)

sagen die Ihnen: Wir hätten uns 96 Millionen € gewünscht. Dafür haben wir auch eine Volksinitiative gemacht. Das ist wahr.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Sie haben es versprochen!)

Aber wir haben zum ersten Mal seit Jahren die Möglichkeit, uns auf unsere Jugendarbeit zu konzentrieren und nicht bei jeder Haushaltsberatung durch die Gänge des Landtags zu laufen und Lobbyarbeit zu machen, um überhaupt unser Geld zu retten. Die wissen, sie haben fünf Mal 75 Millionen € zugesagt bekommen. Die haben sie jetzt – sogar erhöht auf 80 Millionen € erhöht – in jeder Größenordnung erhalten.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Zweitens. Wir haben auch nicht den Trick angewendet, den die alte Regierung gemacht hat: Am Ende des Jahres wurde der Haushalt aufgestockt, dann wurde das Geld nicht verausgabt, und dann hat der Finanzminister es wieder eingesteckt. Vielmehr haben wir, was mit Finanzministern gar nicht einfach ist – die sehen das nicht so gerne –, garantiert, dass auch das nicht verausgabte Geld im nächsten Jahr verwendet werden kann, sodass wirklich mindestens fünf Mal 75 Millionen € geflossen sind – und durch diese Erhöhung auf 80 Millionen € sogar mehr, als zu Beginn der Wahlperiode zugesagt worden ist.

(Beifall von der CDU)

Dann haben Sie, Herr Kollege, darauf hingewiesen – Sie haben das nicht namentlich zitiert, aber die Andeutung war da –, dass immer mehr für U3 und Institutionen und weniger für die Jugendarbeit ausgegeben wird. Das ist die Kritik des Deutschen Jugendinstituts. – Wenn Sie aber genau hinschauen, sagt das Deutsche Jugendinstitut: Das gilt für ganz Deutschland, nur nicht für Hessen und Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Diesen Teil haben Sie verschwiegen. Das Deutsche Jugendinstitut lobt ausdrücklich das, was wir im Gegensatz zu 14 anderen Bundesländern an Geld für die Jugendarbeit bereitstellen. Und in Hessen und Nordrhein-Westfalen regieren bekanntlich nicht Sozialdemokraten, sondern Christdemokraten.

(Angela Tillmann [SPD]: Ja, kommissarisch! – Andrea Asch [GRÜNE]: Da hat er was nicht mitbekommen!)

Das ist die Analyse des Deutschen Jugendinstituts, die im Umfeld dieses Kinder und Jugendhilfetagts ...

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– In Hessen regiert meines Wissens eine christdemokratische Minderheitsregierung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Geschäftsführend!)

– Geschäftsführend oder nicht, Sie wären ja froh, wenn Sie überhaupt geschäftsführend irgendwo in der Landesregierung wären, Frau Löhrmann.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: In zwei Landesregierungen sind wir!)

Sie wären ja froh darüber.

(Ralf Witzel [FDP]: In zwei Städten! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber wenn Sie da regieren, ist es ein Land, oder was?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine letzte Bemerkung zu diesem Kinder- und Jugendhilfetag. Genau das, was Sie eingefordert haben – das werden Ihnen die Experten auch bestätigen, die dort im Moment zusammensitzen –, ist die Politik der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Ich habe das gestern vor dem Kinder- und Jugendhilfetag ausdrücklich gesagt: Das ist ein eigenständiges Politikfeld. Es gibt unterschiedliche Lernorte in der Bildung. Es gibt nicht nur die Schule. Ganztags ist ganz besonders gut, wenn er die Jugendarbeit einbezieht. Wenn er musische, kulturelle Bildung hineinnimmt, dann wird auch der Ganztags besser.

Genau das ist die Politik, die Kollegin Sommer und ich in Nordrhein-Westfalen praktizieren. Insofern brauchen wir auch da keine Belehrungen. Wichtig ist, dass Jugendarbeit vernetzt ist. Wir wollen unter dem Stichwort „Bildungslandschaften“ systematisch die Voraussetzungen schaffen, die erforderlich sind, die Arbeit der einzelnen Bildungsakteure besser als bisher zu vernetzen.

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt Stellung nehmen: die Partizipation. Ich habe das beschrieben. Im Jahre 2015 werden nur noch 19 % der Gesamtbevölkerung unter 18 Jahren sein. In einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft werden die Älteren auch immer stärker die Wahlen bestimmen. Wenn ich irgendwann einmal im Ruhestand bin, stellen wir geburtenstarken Jahrgänge die absolute Mehrheit. Über 1,3 Millionen Menschen gehen dann jedes Jahr in den Ruhestand. Das sind fitte, gesellschaftlich engagierte Leute. Keine Regierung wird mehr Wahlen gewinnen, ohne auf diese Klientel zu achten.

Deshalb ist es jetzt wichtig, junge Leute stark zu machen, ihre eigenen Interessen zu artikulieren und früh zu beginnen, Partizipation zu lernen:

(Beifall von Dr. Stefan Berger [CDU])

durch Jugendparlamente und viele andere Initiativen, die Jugendlichen ermöglichen, sich einzubringen. Vielleicht wird auch einmal bei einer Kommunalwahl, wo Sechzehnjährige wählen dürfen, nicht die geringste Wahlbeteiligung bei den Jugendlichen liegen, sondern die höchste,

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

weil die Jugendlichen wissen: Wir haben nur eine Chance, wenn wir abstimmen gehen und auch bei Kommunalwahlen unser Votum abgeben. Dies zu fördern ist ein weiterer Teil, der durch diesen Pakt mit der Jugend eine besondere Bedeutung erhält.

Die Jugend ist die Zukunft der Gesellschaft. Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP gibt über den Pakt hinaus neue Impulse. Die gilt es bis 2010 umzusetzen. Wenn der Spielraum größer ist, werden es wahrscheinlich noch mehr als 80 Millionen € sein – jedenfalls dann, wenn Christdemokraten und Freie Demokraten weiter regieren.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Jörg.

**Wolfgang Jörg**<sup>1)</sup> (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Minister hat gerade die Partizipation von Jugendlichen ausgeführt. Ich möchte an zwei Punkten klarmachen, wie wichtig dieser Landesregierung unsere Jugend und ihre Partizipation an gesellschaftlichen Entwicklungen sind, nämlich: so gut wie gar nicht.

Herr Minister, wenn Sie sagen, die Partizipation und die Einbindung der Jugendlichen seien so wichtig, warum schafft diese Landesregierung dann die Drittelparität in den Schulen ab? Erklären Sie mir das mal! Damit werden Jugendliche an Verantwortung herangeführt. Sie schaffen das ab. Das ist kein gutes Beispiel von Ihnen, wenn Sie zugleich mehr Partizipation fordern.

Wie viel Ihnen Jugendliche wert sind, kann man ganz einfach am Haushalt ablesen. Es gibt Steuermehreinnahmen von über 10 Milliarden € – und es fließt nicht ein Cent zusätzlich in den Landesjugendplan. Das ist die Realität. Das ist ungefähr die Anerkennung, die Sie für die Jugendarbeit in diesem Land übrig haben.

(Widerspruch von Dr. Stefan Berger [CDU])

Jugend ist die Rushhour des Lebens. In der Zeit werden Persönlichkeiten gebildet, werden Vorbil-

der sowie schulische und berufliche Orientierungen gesucht, wächst die Mobilität durch Moped und Auto. Häufig kommt die erste Liebe dazu, die gewissermaßen ein bisschen Bodennebel verbreitet. Letztendlich ist es für die Jugendlichen in unserem Land aber eine fragile Lebenssituation, die einer klaren Regel bedarf, sodass sie verlässliche Partner finden. Das gilt nicht nur für das Elternhaus, die Schule und Jugendeinrichtungen, sondern auch für die Politik.

In Bezug auf Verlässlichkeit ist diese Landesregierung derart unterbelichtet, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen das an einem Zitat deutlich machen:

„In den Beratungen zum Doppelhaushalt 2004/05 hat die CDU-Landtagsfraktion noch in der dritten Lesung ihre Forderungen aufrechterhalten, die Kürzungen des Landesjugendplans in Gänze zurückzunehmen.“

Das hat kein Geringerer geschrieben als der Ministerpräsident Jürgen Rüttgers – und zwar vor der Wahl. Eine der ersten Regeln, die man als Kind und als Jugendlicher im Umgang mit seinen Freunden lernt, lautet: Versprochen ist versprochen und wird – das weiß von Ihnen keiner – auch nicht gebrochen. – Genau dieses Versprechen, das der Ministerpräsident persönlich und schriftlich gegenüber den Landesverbänden gegeben hat, ist nicht eingehalten worden. Das sind keine verlässlichen Partner. Das sind keine klaren Regeln.

Wir haben sicherlich – das will ich auch ganz deutlich sagen – einen akzeptablen Integrationsminister. Es gibt viele Anknüpfungspunkte, und ich scheue mich nicht, Sie in diesem Punkt zu loben. Wir haben einen schlechten Kinderminister, aber vor allem haben wir gar keinen Jugendminister. Es gibt in dieser Landesregierung keine Lobby für die Jugend. Das ist eine Katastrophe.

Wir sehen, dass die Einrichtungen mit immer mehr Bürokratie überschüttet werden. Der Arbeitskreis war in verschiedenen Einrichtungen unterwegs, wo Sozialarbeiter Kolleginnen und Kollegen gesagt haben: 50 % der ihnen verbleibenden Zeit müssen sie dafür einsetzen, Fördermittel zu akquirieren und Bürokratie abzuwälzen.

(Christian Lindner [FDP]: Das war einmal!)

– Diese 50 % sind Realität! Ich nehme dich gerne mal mit in die Einrichtungen, lieber Christian Lindner!

(Christian Lindner [FDP]: Das wart ihr!)

Diese 50 % fehlen den Kolleginnen und Kollegen bei ihrer Arbeit mit den Jugendlichen natürlich.

Das Prinzip Laschet, einen Pakt zu machen, möchte ich Ihnen auch kurz erklären: Er fordert die Verbände und alle Akteure im haupt- und ehrenamtlichen Bereich auf, inhaltliche und personelle Ressourcen zusammenzutragen. Das wird hintereinandergeschrieben. Dann holt er den Stempel heraus und unterschreibt. Das ist die Arbeitsaufteilung bei solchen Pakten.

Der Minister selber hat bei der Mitgliederversammlung des Jugendrings im letzten Jahr – ich glaube, sie war im Mai – gesagt:

„Natürlich ist so ein Pakt nicht ‚aus den Ärmeln zu schütteln‘. Und natürlich geht es auch nicht um Symbolpolitik.“

Herr Minister, dieser Pakt ist reine Symbolpolitik. Sie haben nichts anderes gemacht als reine Symbolpolitik. Es gibt keinen Cent mehr und keine Bewegung in dieser Frage.

Aus dem Ministerium höre ich, dass Sie auch noch einen Pakt für die Familien planen. Wenn der das gleiche Niveau hat wie der Pakt für die Jugend, kann ich Ihnen nur empfehlen: Planen Sie doch mal einen Pakt mit den Weihnachtsmännern! Substanziell käme wahrscheinlich genau dasselbe heraus, was auch beim Pakt für die Jugend herauskommt, nämlich nichts Neues. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Ratajczak das Wort.

**Marc Ratajczak (CDU):** Ach Herr Jörg, wo sind wir hier gelandet?

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Hoffentlich ist das Spiel der deutschen Nationalmannschaft heute besser als das, was die Opposition hier heute geboten hat.

(Beifall von der CDU)

Der Inhalt und der Anteil der sachlichen Auseinandersetzung entsprechen heute dem Inhalt, der auf einem Zettel eines GlückskekSES steht. Der Rest ist einfach Neid und Polemik. Das können wir sicherlich nicht gebrauchen.

Zunächst möchte ich für die CDU-Fraktion dem Minister ganz herzlich für diesen Pakt mit der Jugend danken.

Wir haben unsere Erfahrungen mit Verhandlungen, Trägern und Unterschriften gemacht – oder auch nicht. Herr Jörg hat das eben bemängelt. Aber wir haben schließlich alle Unterschriften zusammenbekommen; alle Verbände haben unterschrieben. Das kann nicht ganz so schlecht sein.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Wolfgang Jörg [SPD])

Ich darf den Vorsitzenden des Landesjugendrings zitieren, Herr Jörg: Der Tag der Unterzeichnung war ein guter Tag für die Jugend in unserem Land. – Ich meine, die Verbände haben so viel Selbstbewusstsein, dass sie das mit Sicherheit nicht so gesagt hätten, wenn es nicht so gewesen wäre.

(Beifall von der CDU)

Ich füge persönlich hinzu: Wenn der Pakt der Jugend mit Leben gefüllt und wirklich gut wird, wird es noch ganz viele tolle Tage für die Jugend in unserem Land geben, meine Damen und Herren.

Sie haben die Finanzen angesprochen. Letztendlich sind Sie dafür verantwortlich – Herr Minister und meine Vorredner haben das schon gesagt –, dass es die 96 Millionen €, die es geben sollte und über die vorher diskutiert worden ist, nicht geben konnte. Sie haben nur 68 Millionen € gehabt, wir haben 80 Millionen € – das sind satte 12 Millionen € mehr.

Sie sagen immer, dass die zusätzlichen 4 Millionen € schon immer da waren. Das waren sie nicht. Wir haben sie extra eingeführt. Das hat es vorher bei Ihnen nicht gegeben. Deshalb sollten Sie sich, was die Finanzen angeht, eher bedeckt halten, meine Damen und Herren von der Opposition.

Herr Haseloh, ich frage mich, wer Ihnen die Rede geschrieben hat. Manchmal habe ich mich gefragt, ob Sie überhaupt zum Thema geredet haben. Sie haben gesagt, dass Jugendpolitik nie richtig Thema war, sondern immer nur Schulpolitik. Wir haben für die Kinder immerhin 250 Millionen € mehr im Kindergartenbereich und über 700 Millionen € im Schulbereich bereitgestellt. Der Pakt – das ist an dieser Stelle wichtig – verknüpft beides in idealer Weise. Das wird erstmalig in diesem Land gebündelt, meine Damen und Herren.

Frau Asch, Sie haben gesagt, das, was wir machten, sei alles billige Polemik, viel Schaumschlägerei.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ganz genau! So ist es!)

Wenn es so einfach wäre, warum haben Sie dann nicht schon viel früher selber einen solchen Pakt mit den Jugendlichen geschlossen?

(Beifall von der CDU – Andrea Asch [GRÜNE]: Weil wir das nicht konnten! Das ist Schaumschlägerei!)

Ich wundere mich, dass das jetzt zum ersten Mal passiert. Das hätten sie schon längst machen können. Wenn Sie meinen, dass es keinen Inhalt gegeben habe, hätten Sie es längst mit Inhalt füllen können. Es ist ganz billig, zu sagen, das sei gar nichts, während Sie vorher gar nichts in dieser Sache auf die Reihe bekommen haben.

(Zuruf von Karl-Heinz Haseloh [SPD])

Herr Jörg, zur Partizipation von Jugendlichen: Natürlich gibt es einige Jugendparlamente bei uns in Nordrhein-Westfalen; die tagen schon. Ich persönlich wünsche mir natürlich auch, dass sie zukünftig mehr Entscheidungsmöglichkeiten haben. Ich denke, der Jugendpakt wird auch das bringen. Denn schließlich – das ist mir an dieser Stelle ganz wichtig – sind es Leitplanken, die wir entwickelt haben. Ein Jugendpakt lebt von der Beteiligung aller.

(Zuruf von Wolfgang Jörg [SPD])

Es ist kein starrer, vollkommen festgelegter Pakt wie ein lebloser Fünf-Jahres-Plan, den Sozialisten schon mal ganz gerne benutzen.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Unser Pakt soll leben. Unser Pakt lebt von neuen Ideen und Aktionen. Er wird blühen. Die Jugendverbände werden ihre Stärken dabei ideal einbringen;

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

denn sie sind dynamisch und flexibel und machen einen tollen Job – im Gegensatz zur Opposition in diesem Haus, meine Damen und Herren.

Das Thema „Keine Lobby für diese Jugend“ zeigt, dass es in diesem Land eine sehr starke Lobby für die Jugendlichen gibt. Durch diesen Pakt werden wir diese Lobby und die Interessen der Jugendlichen weiter stärken. Wir werden mit ihnen auch weiterhin hervorragend zusammenarbeiten.

Letzter Punkt. Herr Jörg, Sie haben die Bürokratie angesprochen. Gerade dabei sollten Sie sich sehr zurückhalten. Wenn ich überlege, wie reguliert die Finanzierung im Kindergartenbereich war, wie viele Anträge, wie viele Seiten die Jugendverbände formulieren mussten, um ein paar Euro aus dem

Landesjugendförderplan zu bekommen! Das haben wir alles dereguliert. Die Finanzierung ist jetzt hervorragend, sowohl im Kindergartenbereich als auch im Landesjugendförderplan.

(Widerspruch von Wolfgang Jörg [SPD])

So gesehen haben wir da im Vergleich zu vorher sehr viel verbessert. Deshalb sollten Sie hier vielleicht nicht so große Töne spucken. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Ratajczak. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/6968 an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** und den **Ausschuss für Frauenpolitik**. Die abschließende Beratung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für die Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung des Antrags einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

#### **4 Soziale Folgen explodierender Energiepreise – Politik muss reagieren**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/6958

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Priggen von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir bringen heute einen Antrag zur Beratung ein, der in die Ausschüsse überwiesen werden soll. Wir kündigen gleich an, dass wir dazu eine größere Anhörung beantragen werden; denn ich glaube, dass uns das Thema länger beschäftigt und dass es wichtig ist. Der Antrag ist nicht so angelegt, dass er der Opposition Recht gibt gegenüber der Regierung, die nicht handelt. Der Antrag ist vielmehr so angelegt, dass er eine Reihe von Punkten beinhaltet, mit denen wir uns alle befassen müssen.

Hintergrund dieses Antrags sind die dramatischen Preissteigerungen, die wir erleben. Ich will als Beispiel die Preissteigerung beim Öl anführen,

weil sie auslösend ist. Die Rohölpreise haben sich verzehnfacht. Das haben wir in der Enquetekommission begleitet. Der Ölpreis liegt derzeit bei 139 bis 140 \$ pro Barrel. Seriöse Experten sagen voraus, dass wir in diesem Jahr und in den nächsten Jahren bei den Ölpreisen die Marke von 150 bis 200 \$ pro Barrel durchaus noch erreichen können.

In der Folge – das ist die übliche Praxis – steigen die Gaspreise, weil es eine Kopplung der Gas- an die Ölpreise gibt. Diese Koppelung ist nicht durch irgendein Landes- oder Bundesgesetz gegeben. Wir können daran überhaupt nichts machen. Das ist eine übliche Regelung in internationalen Verträgen, die zwischen den Firmen abgeschlossen werden und auf die wir keinerlei Einfluss haben. Ob es uns besser ginge, wenn es die Kopplung nicht gäbe, sei dahingestellt. In den USA sind die Gaspreise ohne Kopplung höher als die Ölpreise. – An dieser Stelle können wir also nicht reagieren.

Zunehmend tritt jetzt etwas ein, was sich im nächsten Frühjahr mit drastischen Preissteigerungen beim Öl bemerkbar machen wird. Ich weise darauf hin: Die Heizölpreise lagen im Jahr 2003 bei 34 Cent pro Liter Heizöl. Fünf Jahre später zahlt man, wenn man 3.000 l kauft – das war das früher übliche Gebinde für ein Einfamilienhaus –, 95 Cent pro Liter Heizöl. Das konnte man sich nie vorstellen. Aber so sind die aktuellen Preise. Drei bis sechs Monate später, also im November, werden die Gaspreise auf diesem Niveau liegen. Die Heizkostenabrechnungen im nächsten März und April werden, wenn der Winter tatsächlich härter und kälter wird als die letzten drei warmen Winter, brutal sein, denn die Preissteigerungen werden für einige Leute eine Verdopplung der Heizkosten mit erheblichen Nachzahlungen bedeuten.

Wir müssen auch davon ausgehen, dass die Energieversorger schon vorher die Abschläge entsprechend erhöhen werden. Das trifft zum einen diejenigen, die staatliche Transferleistungen empfangen und eh unter starken Heizkosten zu leiden haben, es trifft zum anderen aber auch zunehmend Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Rentner, die geringere Einkommen haben, die nicht zu den Reichen gehören, aber bisher keine staatlichen Leistungen bekommen. Damit müssen wir uns befassen.

Darüber hinaus müssen wir uns damit befassen, dass die Kommunen, die ja die Warmkosten für diejenigen übernehmen müssen, die Arbeitslosengeld und Ähnliches bekommen, zusätzliche Belastungen auf sich nehmen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)